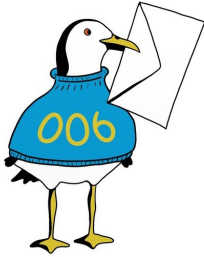


Wenn dieser Newsletter nicht richtig angezeigt wird, klicken Sie bitte hier.



Moin liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr neigt es dem Ende zu und wir haben viel geschafft: Wir haben eine **Vielzahl von Gesetzen** auf den Weg gebracht, die den Menschen im Land einen echten Mehrwert bringen. Für Familien, Kinder und im Bildungsbereich haben wir das **Gute-Kita-Gesetz** sowie das **Familienentlastungsgesetz** verabschiedet. Mit dem **DigitalPakt Schule** sorgen wir gemeinsam mit den Ländern für eine moderne und digitale Infrastruktur in den Schulen. Richtig was angepackt haben wir auch im Gesundheitsbereich: Die **Telemedizin** wird ausgebaut, was besonders für die ländlichen Regionen ein wichtiger Schritt ist. Zudem wird die **Ausbildung in den Gesundheitsberufen** modernisiert und den Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft angepasst. Im Bereich Arbeit bzw. Migration haben wir das **Fachkräfteeinwanderungsgesetz** verabschiedet, das am vergangenen Montag auch Gegenstand des *Fachkräftegipfels* im Kanzleramt war. Des Weiteren bekommen die **Kommunen** im Land **Unterstützung für die Versorgung von Geflüchteten**. Im Bereich Finanzen haben wir nach jahrelangem Tauziehen mit den Ländern die **Grundsteuer** reformiert und die **Abschaffung des Solidaritätszuschlags** beschlossen.

Neben der Facharbeit war und ist natürlich auch immer Zeit für **Besucherguppen** aus dem Wahlkreis. Mit **mehr als 1.000 Besuchern** habe ich im vergangenen Jahr hier in Berlin über meine Arbeit als Abgeordnete sprechen können. Von **Schulklassen** über **Vereine** bis hin zu **Freunden und Unterstützern** aus dem Wahlkreis: Ganz Klein und ganz Groß habe ich im Bundestag begrüßen dürfen. Das freut mich immer wieder aufs Neue. Die Themen, über die ich mit den Gruppen spreche, sind dabei gar nicht so unähnlich: Wie ist der Arbeitsalltag eines Abgeordneten in Berlin und im Wahlkreis? Wie funktioniert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf? Was kann der einzelne Abgeordnete politisch bewirken? Und natürlich bietet die Tagespolitik immer genug Diskussionsstoff. **An dieser Stelle einen herzlichen Dank an all diejenigen, die mich im letzten Jahr im Bundestag besucht haben und denen ich die Politik und meine Arbeit ein bisschen näher bringen konnte.**



Mit diesem Newsletter verabschieden mein Berliner Team und ich uns in die Weihnachtsferien und freuen uns, wenn Sie im neuen Jahr wieder mit dabei sind!

Diese Woche war aber noch viel mehr los! Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen. Haben Sie Fragen oder Anmerkungen? [Schreiben Sie mir!](#)

Das war die Woche in Berlin

Frühstücksgespräch mit der CDU-Landtagsfraktion

Am Mittwochmorgen hatten wir im Rahmen eines Frühstücksgesprächs einen intensiven **Austausch mit den Mitgliedern des Vorstands der CDU-Landtagsfraktion aus Kiel**. Bundesländerübergreifend gibt es immer eine Fülle von Themen, die zu besprechen und zu koordinieren sind. So ging es u.a. um die Umsetzung von Bundesprogrammen in den Länder, wie bspw. dem sogenannten **Gute-Kita-Gesetz**. Seit diesem Montag läuft die Auszahlung der Gelder an die Länder im Rahmen bilateraler Vereinbarungen.



Insgesamt bekommen die Länder **5,5 Mrd. Euro bis zum Jahr 2022**. Vereinbart ist, dass sie fortan einen größeren Anteil aus dem Umsatzsteuereinnahmen bekommen, um die **Qualitätsverbesserung in den KiTas** zu finanzieren. Ein weiteres wichtiges Gesprächsthema war die **Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse auf dem Land**. Hier haben wir eine stärkere Zusammenarbeit zwischen uns Schleswig-Holsteinern in Berlin und dem Landesvorstand vereinbart. Ein "Dauerbrenner" ist natürlich auch die Diskussion um die neue **Düngeverordnung**. Auf der Tagesordnung standen zudem die Themen **Marschbahnstrecke zwischen Elmshorn und**

Westerland und der **Ausbau der Windenergie** mitsamt der geltenden Abstandsregelungen.

Familienministerin zu Gast im Ausschuss



Wie geht es weiter mit der **Reform der Kinder- und Jugendhilfe**? Nachdem es im Jahr 2017 zu keiner Einigung für eine Reform gekommen war, startete das Familienministerium in diesem Jahr einen neuen Anlauf. Das Ziel war es, alle **Beteiligten und Betroffenen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland in den Reformprozess einzubeziehen**, um am Ende das bestmögliche Ergebnis zu erzielen. Immerhin befinden sich rund **1,5 Mio. Kinder und Jugendliche** in Deutschland in einer **familiär schwierigen Situation** und sind auf die Unterstützungsleistungen im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe angewiesen.

Das Ergebnis dieses umfangreichen Dialogprozesses stellte **Familienministerin Dr. Franziska Giffey** am Mittwoch dem Familienausschuss vor. Eine Reform des Sozialgesetzbuches VIII (SGB VIII) soll **fünf Handlungsfelder** umfassen: Mehr **Beteiligung der Kinder und Jugendlichen** z.B. über Ombudsstellen; **Stärkerer Kinder- und Jugendschutz** in staatlichen Einrichtungen wie z.B. in Heimen und auch in Pflegefamilien durch eine bessere Heimaufsicht; Qualifizierte und begleitete **Übergangsstrukturen für Heim- und Pflegekinder** nach dem 18. Lebensjahr; **Prävention vor Ort** in Jugendclubs oder Familientreffpunkten durch die Schaffung von **niederschweligen Beratungsangeboten** jenseits des Jugendamtes; Aufnahme von **Kindern und Jugendlichen mit Behinderung** in das SGB VIII, denn ein Kind ist in erster Linie ein Kind und nicht ein behinderter Mensch!

Die **Ergebnisse des Dialogprozesses fließen jetzt in ein neues Kinder- und Jugendhilfegesetz ein**, das bis Ende März dem Bundestag vorgelegt werden soll. Nach dem Gespräch am Mittwoch bin ich optimistisch, dass wir im Frühjahr mit einem guten Gesetzesvorschlag in das parlamentarische Verfahren starten können.

Kurzzeitpflege stärken

Kurzzeitpflege ist selten planbar, denn oft benötigt man sehr spontan einen Pflegeplatz für einen Angehörigen. Nicht nur für die betroffenen Familien ist eine solche Situation schwierig, auch für Pflegeeinrichtungen ist es eine große Kraftanstrengung, Plätze vorzuhalten. Das wird bei jedem meiner Besuche in einer Einrichtung im Wahlkreis sehr deutlich.

Vor diesem Hintergrund haben wir am Donnerstag einen **Antrag der Koalitionsfraktionen zur Stärkung der Kurzzeitpflege** im Plenum diskutiert. Der Antrag bezieht sich auf die Zusage im Koalitionsvertrag, die Angebote für eine verlässliche Kurzzeitpflege durch die Sicherstellung einer wirtschaftlich tragfähigen Vergütung zu stärken. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass der **Ausbau von Kurzzeitpflegeplätzen (in den Bundesländern)** stagniert, fordern wir die Bundesregierung auf, die Zusage aus dem Koalitionsvertrag zügig umzusetzen.

Wir möchten, dass der Sicherstellungsauftrag so konkretisiert wird, dass Länder, Kommunen, Pflegeeinrichtungen sowie Pflegekassen dem gesetzlichen Auftrag zum **Ausbau der Versorgungsstruktur** nachkommen. Dabei geht es vor allem darum, dass die Pflegeinfrastruktur ausgebaut wird, d.h. vor allem genügend Plätze schaffen und vorhalten. Wir wollen, dass der Bund auf die Länder hinwirkt, ihrer **Investitionsverpflichtung** nachzukommen. Der Bedarf bestimmter Gruppen, wie

geriatrischer und traumatologischer Patienten, ist dabei zu berücksichtigen. Ebenfalls soll die im Koalitionsvertrag festgelegte **Schaffung eines flexiblen jährlichen Entlastungsbudgets** angegangen werden.

Sitzung des Arbeitskreises Küste

Ein immer gern gesehener Gast im **Arbeitskreis Küste** ist Ulf Bischoff, Leiter der Berliner Hauptstadtrepräsentanz der **Lürssen Werft**. Das Bremer Unternehmen mit neun Werften in ganz Norddeutschland ist ein echtes Schwergewicht in der maritimen Branche. Im Jahr 1886 entwirft und baut Friedrich Lürssen das **weltweit erste Motorboot**, das von Gottlieb Daimler in Auftrag gegeben wurde. Heute ist das Unternehmen ein **international renomierter Yachtenbauer**.



Die **Lürssen-Kröger-Weft in Rendsburg** hat sich auf dem **Bau von 60- bis 110-Meter-Yachten** spezialisiert und führt zudem **Marineschiffswartungen** durch. In unserer Diskussion mit Herrn Bischoff ging es vor allem um die Fragen, wie sich die Lürssen-Werft im **internationalen Wettbewerb** künftig positionieren wird und was im Bereich Yachten die **Märkte der Zukunft** sind. Ein guter und informativer Start in den Tag!

Mehr Rechtssicherheit bei der Entnahme von Wölfen

Die **Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes** bringt wichtige **Fortschritte** bei drängenden Problemen **im Umgang mit dem Wolf**. Zu den Neuregelungen gehören ein Fütterungsverbot, die Pflicht für die Behörden zur Entnahme von Wolfshybriden, die Mitwirkung der Jagdberechtigten bei der Entnahme und die Herabsetzung der Schadensschwelle, ab der Wölfe entnommen werden dürfen.

Zudem ist die Tötung von Wölfen künftig auch dann möglich, wenn nicht eindeutig klar ist, welcher Wolf des Rudels gerissen hat. Diese **Regelungen führen zu mehr Schutz der Bürger, verbessern die Situation der Nutztierhalter** und helfen beim Schutz ihrer Tiere. Zugleich **fördern sie die Akzeptanz der Wiederansiedlung des Wolfes**, einer streng geschützten Art. Wir stärken hierdurch die **Mitwirkung der Jäger** bei der Jagd auf den Wolf und regeln Entschädigungszahlungen für Hobbytierhalter, die von Wolfsangriffen betroffen sind. Die Novelle stellt auch klar, dass die **Neuregelungen ausschließlich für den Wolf und nicht auch für weitere streng geschützte Arten gelten**.

Die Reform ist ein erster wichtiger Schritt hin zu einem effektiven und praxisnahen Wolfsmanagement, worauf wir uns im Koalitionsvertrag verständigt haben. **Die Möglichkeit einer Bestandsregulierung ist hier ausdrücklich vorgesehen!**

Fachgespräch zum Thema Kinderrechte ins Grundgesetz

Ende November hat das Justizministerium einen **ersten Gesetzesvorschlag für die Einführung von Kinderrechten ins Grundgesetz** gemacht. Grund genug, sich mit diesem Entwurf in der Runde der Familienpolitiker kritisch auszutauschen. Ist dieses Vorhaben in unserer Fraktion doch nicht ganz unumstritten. In einem **Fachgespräch mit Dr. Katja Gelinsky von der Konrad-Adenauer-Stiftung**



wurde dann auch sehr schnell klar, dass keine juristische Notwendigkeit besteht, das Grundgesetz um ein Kindergrundrecht zu ergänzen.

Nach Maßgabe des Justizministeriums soll der Artikel 6 des Grundgesetzes zu Ehe, Familie und Kinder um einen Artikel 1a ergänzt werden. Der Wortlaut des Textes und die Diskussion bei der SPD und auch bei den Grünen suggeriert, dass wir eine **Stärkung des staatlichen Wächteramtes** gegenüber Eltern brauchen. Das halte ich für **grundlegend falsch**. In dem Gespräch wurde sehr deutlich, dass es **weder eine juristische Notwendigkeit** für eine Verfassungsänderung gibt, **noch eine Schutzlücke** bei den Rechten von Kindern besteht. Ebenso wenig gibt es eine Empfehlung des Bundesverfassungsgerichts hier tätig zu werden.

Was wir zum Schutz unserer Kinder tatsächlich brauchen, ist **eine konsequente Anwendung der bestehenden Rechtslage**. Mit einer Reform der Kinder- und Jugendhilfe wollen wir allen Akteuren ein noch besseres Werkzeug für den Schutz und die Entwicklung unserer Kinder an die Hand geben. Als Bund können wir hier nur an die Länder appellieren, sich für eine gute Qualifizierung und **Fortbildung von Familienrichtern** stark zu machen. Ändern wir hingegen die Verfassung, müssen wir als Gesetzgeber uns klar darüber sein, dass der **politische Handlungsspielraum** in Zukunft **schrumpfen** wird.

Grundsätzlich halte ich das Grundgesetz nicht für ein statisches Regelwerk, das nicht angetastet werden darf. Im Gegenteil: Unsere Verfassung muss auch immer ein Spiegel einer sich wandelnden Gesellschaft sein. Jedoch darf es nicht für reine Symbolpolitik missbraucht werden.



Auch auf meiner **Facebook-Seite** finden Sie aktuelle Infos über meine Arbeit!

Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen eine erholsame und besinnliche Weihnachtszeit im Kreise der Familie. Kommen Sie gut und gesund ins neue Jahr. Die nächste Ausgabe von **Post für 006** gibt es wieder am 17. Januar 2020.

Herzliche Grüße
Ihre



Melanie Bernstein

P.S.: Wenn Sie Themen oder Termine haben, die wichtig sind aus Ihrer Sicht – dann schreiben Sie mir gerne an melanie.bernstein@bundestag.de. Ich freue mich!

Impressum

Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.